

TRY

Trying Times 2019

ING

REDE

TT

John Ralston Saul

**Wie schaffen wir gesellschaftlichen
Zusammenhalt?**

MES

*Die großen Trends Globalisierung und Digitalisierung stellen auf der ganzen Welt eine Herausforderung für den gesellschaftlichen Zusammenhalt dar. Viele Menschen sorgen sich um ihr Auskommen, und rechte Populist*innen überschwemmen das Internet mit ihren grob vereinfachenden Botschaften, schüren Ängste. Auf der internationalen „Trying Times“-Konferenz der Bertelsmann Stiftung zum Thema „Rethinking Social Cohesion“ kamen vom 4. bis 6. September 2019 Führungskräfte aus der ganzen Welt in Berlin zusammen, um über die Zukunft des gesellschaftlichen Zusammenhalts zu diskutieren. Der kanadische Autor und ehemalige Präsident von PEN International John Ralston Saul zeigte in seiner Abschlussrede „Wie schaffen wir gesellschaftlichen Zusammenhalt?“, dass Ausgrenzung und Ängste keine Probleme lösen, sondern vielmehr Empathie, ein respektvoller Umgang mit Unterschiedlichkeit sowie die Bereitschaft, Vielfalt zu akzeptieren, den Weg in eine gelingende Zukunft weisen. Der gesellschaftliche Zusammenhalt der Zukunft braucht beides: Vielfalt und Gemeinschaft. Lesen Sie im Folgenden die Übersetzung seines auf Englisch gehaltenen Vortrags.*



Melden Sie sich an, wenn Sie Neuigkeiten zu Trying Times erhalten wollen.

John Ralston Saul

Wie schaffen wir gesellschaftlichen Zusammenhalt?

Abschlussrede auf der „Trying Times“-Konferenz 2019

„Gesellschaftlicher Zusammenhalt“ ist ein wirkmächtiger Begriff, der sich leicht missbrauchen lässt. Vor allem in Europa wird dieser Begriff heutzutage fast wie eine Chiffre dafür verwendet, dass eine Gesellschaft nur dann in Frieden leben und angemessen regiert werden kann, wenn alle Menschen gleich sind. Was mit „gleich“ gemeint ist, bleibt vage, aber üblicherweise steht dahinter das Konzept des Nationalstaats aus dem 19. Jahrhundert: Eine Nation besteht aus einem Volk ein und derselben Ethnie, mit ein und derselben Mythologie, ein und derselben Religion und so weiter. Ein monolithisches Modell.

Aus diesem Grund ist es so wichtig, dass die Bertelsmann Stiftung auf der „Trying Times“-Konferenz eine Definition des Begriffs „gesellschaftlicher Zusammenhalt“ vorgelegt hat. In die Begriffsbestimmung eingeflossen ist die herausragende Rolle, die resiliente soziale Beziehungen, die Teilhabe aller Menschen an der Gesellschaft und ihr Engagement für das Gemeinwohl spielen. Der hier gewählte Ansatz schließt moralische Maßstäbe und Empathie ein – er geht von Vielfalt und Gemeinschaft aus, die beide miteinander verwoben sind. Die Definition baut nicht auf den monolithischen, ehernen Prinzipien der alten Nationalstaaten auf, wie sie mit dem Westfälischen Frieden entstanden sind.

Diese Definition fordert uns vielmehr dazu auf, Inklusion statt Integration anzustreben. Integration geht von einer starren, statischen Gesellschaft aus, in die sich alle einfügen müssen. Anders gesagt, von einer toten Gesellschaft. Inklusion im Sinne von Teilhabe hingegen ermöglicht es den Menschen, nahezu selbstverständlich herauszufinden, wie sie sich einfügen, wie sie dazugehören können. Letztlich wollen

doch alle dazugehören, wenn ihnen die Möglichkeit dazu geboten wird. Integration steht für Zwang, Inklusion für ein humanistisches Konzept.



Unsere gestrigen Gespräche endeten mit der Feststellung von Gal Alon, dass der Westen eine rote Linie überschritten habe. Ein gefährlicher Akt. Gal Alon betrachtet dieses Übertreten als Resultat einer Politik, die eine Rückkehr zu den Prinzipien des Humanismus nicht zulässt. Einer Politik, die auf dem alten monolithischen Fortschrittsbegriff beruht, dem zufolge wir keine andere Wahl haben, als uns als Einheit in ein und dieselbe Richtung zu bewegen, und zwar vorwärts. Als befänden wir uns auf einer Schmalspurschiene, und der Fortschritt wäre der Zug, der nur geradeaus in eine unsichtbare Zukunft fährt. Alternativlos. Das ist eine ideologische bzw. romantische Sicht der Realität. In der wirklichen Welt bewegen wir uns gewöhnlich in viele Richtungen gleichzeitig. Die müssen zwar nicht unbedingt entgegengesetzt sein, viele sind es aber doch. Wohin wir dann gelangen, hängt hauptsächlich von dem ab, was wir, die Bürger*innen, ob nun in Führungspositionen oder nicht, tun werden, um dem Zusammenspiel dieser gegensätzlichen Richtungen Sinn zu verleihen.

Wir erleben im Moment also eine Krise. Eine schreckliche Krise. Dennoch – wir haben in den letzten siebzig Jahren nie dagewesene öffentliche Dienstleistungen und soziale Sicherungsnetze geschaffen. In derselben Zeit wurde bei der formalen Absicherung des Schutzes der Menschenrechte und des Rechts auf individuelle Lebensformen Erstaunliches geleistet. Bei den meisten von uns hat die Akzeptanz dafür, dass andere nicht unbedingt auf dieselbe Weise leben wie man selbst, auf bemerkenswerte Weise zugenommen.

Wir wissen allerdings nicht, ob diese Trends zu einer gerechteren, offeneren Gesellschaft, in der wir anderen mit Empathie und Respekt begegnen, Bestand haben werden. Oder ob die Krise, von der wir alle reden, Ängste schürt, die dazu führen, dass wir uns abschotten, dass wir diese relativ neue Rechtssicherheit

schwächen und damit in alte anti-demokratische Denkmuster verfallen – nämlich, dass eine der wesentlichen Aufgaben der Regierung darin bestünde, das Privatleben der Individuen zu kontrollieren, während es den Interessengruppen weitgehend selbst überlassen bleibt, was sie für das Gemeinwohl tun wollen.

Man kann es auch so sehen: Unser Zeitalter wäre für den großen neapolitanischen Philosophen Giamattista Vico vollkommen verständlich, für Descartes hingegen nicht im Mindesten. Mit anderen Worten: Wenn wir uns nicht von Ängsten überwältigen lassen, werden wir in der Lage sein, ein komplexes Narrativ zu entwickeln, eine Geschichte, in der wir alle eine Rolle spielen.

Eines der größten Probleme der heutigen Zeit ist die aggressive Meinungsmache. Eine neue Art Propaganda. Mit Hilfe einer destruktiven Sprache sollen Rassismus und Ausgrenzung wiederbelebt werden. Heute ist von *fake news* die Rede. Man könnte auch von einem linguistischen Chaos sprechen.

Dazu ein kleines Beispiel. Täglich begegnet uns der Begriff „liberale Demokratie“, als handelte es sich dabei um das Banner des Humanismus schlechthin. Aber

was heißt das? Liberal kann so gut wie alles bedeuten. In Europa hat das Wort ganz andere Bedeutungen als in Nordamerika; sie reichen von ganz rechts außen bis ziemlich weit links.

Mal abgesehen davon – wieso sollte

irgendwer denken, man könnte ein Substantiv stärken, indem man ein Adjektiv hinzufügt? Das Substantiv ist Demokratie, und wir wissen mehr oder weniger, was das bedeutet. Wer liberal als Adjektiv hinzufügt, verwässert das dahinterstehende Konzept von Demokratie. Autoritäre Nationalisten wie der türkische Präsident Recep Tayyip Erdogan oder der ungarische Premierminister Viktor Orbán sagen mehr oder weniger: „Wir halten nichts von liberaler Demokratie, wir sind für Demokratie.“ Mit anderen Worten: Indem wir einen Begriff durch ein Adjektiv abschwächen, überlassen wir seine Deutung den Menschen, die wir bekämpfen.

Eines der größten Probleme der heutigen Zeit ist die aggressive Meinungsmache.

Im öffentlichen Diskurs ist es immer gefährlich, eine Kernaussage aufzugeben, um sich hinter einer marginalen zu verstecken. Heutzutage ist das ganz sicher die falsche Strategie.

Stephan Vopel von der Bertelsmann Stiftung macht den Zerfall des gesellschaftlichen Zusammenhalts an zweierlei fest: am Vertrauensverlust gegenüber Institutionen sowie an der Wahrnehmung, dass es in der Gesellschaft nicht mehr gerecht zugehe. Das liegt zum großen Teil daran, dass ein gutes halbes Jahrhundert lang eine bestimmte ökonomische Theorie – die Globalisierung – fälschlicherweise für ein soziales Unterfangen gehalten wurde. Sicherlich, das, was Globalisierung genannt wird, hat ein paar ökonomische Vorteile gebracht. Aber die geringere Arbeitslosigkeit, zu der die Globalisierung geführt hat, ließ die Menschen auch arm werden oder sich arm fühlen. Es kam zu einer Entwertung des Begriffs des Bürgers: Die Individuen sind gezwungen, sich als bloße Werkzeuge ökonomischer Interessen zu sehen. Die Entmenschlichung wird zur Normalität. Jede*r kann sehen, mit welchen Mitteln das bewerkstelligt wird. Es genügt ein Blick auf die ungerechten Steuersätze, auf die wirtschaftliche Ungleichheit, inzwischen auf dem Niveau von vor dem Ersten Weltkrieg, und auf die allgegenwärtige Korruption.

All das ist ein wesentlicher Teil dessen, was als Angriff auf den gesellschaftlichen Zusammenhalt wahrgenommen wird. Die Menschen haben das Gefühl, dass der gesellschaftliche Zusammenhalt – das, was Gesellschaft ausmacht – zerfällt.

Gestern beschrieb der Psychiater und Experte für Stress-Erkrankungen Mazda

Adli sehr anschaulich die erschreckende Zunahme von Einsamkeit als Ursache von gesundheitlichen Problemen. Bedenken Sie unsere neuen Kommunikationsmöglichkeiten und die Tatsache, dass die meisten von uns

*Wir sollen unsere Arbeit
nicht als empathische Wesen
verrichten, sondern als Egoisten.*

nah beieinander in Städten leben. Dass das zu Einsamkeit führt, ist alarmierend. Und das ist keine Kritik an den Städten selbst, sondern daran, wie wir inzwischen „Arbeit“ betrachten. Es zeigt, wie wir wirtschaftliche Interessen und Eigennutz

über Bürgerrechte und Gemeinwohl stellen. Wir sollen unsere Arbeit nicht als empathische Wesen verrichten, sondern als Egoisten.

Wenn Sie wissen wollen, warum wir im Moment eine Renaissance der schlimmsten Auswüchse der Nationalstaaten des 19. und frühen 20. Jahrhunderts erleben, brauchen Sie nur zurückzuerfolgen, wie es zu der Entmenschlichung und der Propagierung von Eigennutz als Lösung für die Befriedigung sozialer Bedürfnisse gekommen ist.

Der heute zu beobachtende Anstieg von Populismus und Nationalismus sagt eine Menge aus über das, was schiefgelaufen ist. In den letzten fünfzig Jahren wurde uns permanent erzählt, dass die Macht der Nationalstaaten am Ende sei und dass dieses Ende unvermeidbar sei. Dieses „unvermeidbar“ ist für viele der ablehnenden Haltungen verantwortlich, die wir heute wahrnehmen, und für ein Wiederaufleben der negativen Aspekte der Nationalstaaten. Warum?

Nun, wenn der Nationalstaat seine Macht verliert, dann werden seine positiven Kräfte – also die der Bürgerschaft – untergraben. Zurück bleibt ein Vakuum.

Demokratie beruht letztlich auf einfachen und konkreten Grundlagen. Bürger leben an bestimmten Orten in Gemeinschaften. Welcher Ethnie sie sind, spielt dabei keine Rolle. Auch nicht, ob eine Gruppe besser sein könnte als eine andere. Es geht vielmehr darum, dass die Menschen füreinander und für ihren Lebensraum verantwortlich sind. Wenn Sie heute zum Beispiel etwas gegen die Umweltzerstörung tun wollen, dann erkennen Sie schnell, welche zentrale Rolle Gemeinschaften dabei spielen – Menschen übernehmen Verantwortung für ihren Lebensraum und übertragen das dann auf größere Zusammenhänge. Wenn wir die Bedeutung von Zugehörigkeit, Gemeinschaft und Bürgerrechten zugunsten einer abstrakten Vorstellung von internationalen Interessen vernachlässigen, dann werden sich die negativen Kräfte, die wir jetzt schon erleben, explosionsartig ausbreiten. Wirklicher Internationalismus heißt, Verbindungen zwischen einzelnen Bürger*innen und Gruppen von Bürger*innen zu schaffen, nicht etwa

eine Einschränkung oder gar eine Abschaffung von Bürgerrechten und deren Ersatz durch vage romantische Vorstellungen. Ich sollte hinzufügen, dass Leute wie wir sehr, sehr vorsichtig sein müssen, wenn wir von einer grenzenlosen Welt ausgehen, in der sich alle frei bewegen. Tatsache ist, dass das für möglicherweise 1,5 % der Weltbevölkerung gilt – wenn überhaupt. Für die meisten Menschen, etwa 98 % oder mehr der Weltbevölkerung, ist die Welt nicht grenzenlos. Die meisten Menschen sind nicht andauernd unterwegs, es sei denn, sie sind im Urlaub – das ist das eine Extrem – oder – und das ist das andere Extrem – sie sind durch unsichere Verhältnisse dazu gezwungen, sind also aus politischen oder wirtschaftlichen Gründen auf der Flucht. Gesellschaftliche Eliten sollten sich daher dringend davor hüten, ihre Lebensweise mit der der übrigen Bevölkerung gleichzusetzen.

Tatsache ist, dass es nur einen Ort, einen Raum gibt, in dem sich alle Bürger*innen vollkommen wohl fühlen können. Und das ist in ihrer lokalen Gemeinschaft. Diese Gemeinschaften sind die Quelle von Legitimität. Legitimität erwächst aus realen Gemeinschaften. Sie ist Ausdruck gesellschaftlichen Zusammenhalts. Die Beziehung zwischen Bürgerrechten und Lebensraum ist der Schlüssel. Menschen leben immer irgendwo. Das soll beileibe nicht bedeuten, dass Regionales, Nationales oder Internationales unwichtig seien. Auch bedeutet es nicht, dass wir daran gehindert werden würden, neue Formen von Bürgerrechten zu entwickeln. Bürgerrechte sind kein romantischer Traum, sondern tätige Verantwortung, die aus Teilhabe und Zugehörigkeit erwächst. Es ist durchaus möglich, dass wir neue Verfahren entwickeln werden, die sich zum Teil aus den ständigen technologischen Neuerungen ergeben. Aber es ist ein schrecklicher Fehler – wie wir in den letzten Jahren deutlich sehen konnten – zu glauben, dass kurzzeitige, virtuelle Begegnungen von Menschen, die einander nicht kennen, wirkliche Menschen, wirkliche Orte und wirkliche Beziehungen tatsächlich ersetzen könnten.



Es ist beeindruckend, in welchem Maße der sich immer weiter ausbreitende hässliche Populismus und der Nationalismus auf der Ablehnung von Einwanderung, Vielfalt und Teilhabe beruhen. Ich sage dies, weil ich mir zur Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts kaum etwas Besseres vorstellen kann als Einwanderung. Ja, das vorherrschende Narrativ besagt genau das Gegenteil. Ja, die Politiker haben immer mehr Angst vor Einwanderung und vor dem damit verbundenen Anstieg von Populismus, Nationalismus und Rassismus. Sie haben Angst, dass der Nationalstaat gefährdet sein könnte. Natürlich hat so ein gewaltiges Projekt wie die Europäische Union die Illusion geschürt, man könnte allein durch administrative Maßnahmen neue Formen der Zusammenarbeit entwickeln. Aber so läuft das nicht. Menschen müssen sich selbst als Teil der facettenreichen und vielfältigen Gesellschaften wahrnehmen können, um gesellschaftlichen Zusammenhalt zu finden.

Wenn Menschen aber fürchten, ihren Platz in der Gesellschaft zu verlieren, wenn sie fürchten, ins Abseits gedrängt zu werden, entsteht Angst. Und für Extremisten ist nichts leichter, als diese Angst zu nutzen. Wie? Indem sie das alte monolithische Nationalstaatsmodell romantisieren und den Rückzug darauf als verlockend darstellen. Ein bequemer Standpunkt – Menschen gehören nicht nur einfach dazu, sondern sie gehören dadurch dazu, dass sie aufgrund ihrer lokalen Macht andere ausschließen. Sie fühlen sich besser, wenn sie anderen ihre Empathie versagen. Das hat sich alles schon Mitte der 90er Jahre angekündigt. Jahrzehntlang haben die Spitzenpolitiker*innen des Westens in der verzweifelten Hoffnung, das würde sich schon regeln, die Augen zugemacht. Jetzt, da klar ist, dass sich diese Angst ausbreitet und immer gefährlicher wird, ist es reichlich spät, entsprechend darauf zu reagieren.

Der einzige Ausweg besteht darin, sich mit starken Argumenten für Gesellschaften einzusetzen, die ich nicht-monolithisch nennen möchte, für komplexe Gesellschaften, die von Individuen mit vielfältigen Identitäten geprägt sind. Die positiven Spannungen innerhalb solcher Gesellschaften sind eine wirkliche Antwort auf den wiederauflebenden Wunsch nach einer monolithischen Gesellschaft,

in der eine simple, klar definierte Auffassung in Bezug auf Zugehörigkeit und gesellschaftlichen Zusammenhalt vorgegeben ist. Wenn ich davon rede, dass wir starke Argumente für eine nicht-monolithische Gesellschaft vorbringen sollen, will ich zum Ausdruck bringen, dass Vielfalt und alles Nicht-Monolithische die eigentliche Basis sind. Denn dabei geht es immer darum, dass Menschen einander kennenlernen, dass Menschen zusammenleben, die nicht auf den ersten Blick gleich sind. Es geht darum, Vielfalt anzunehmen und sich daran zu erfreuen, statt Angst davor zu haben.

Ich habe eben die EU erwähnt. Ja, das ist ein großartiges Experiment, und es muss weiterentwickelt werden. Aber es ist immer noch ein sehr abstraktes und bürokratisches Unterfangen. Die Perspektive, dass Legitimität aus Bürgerschaft und den damit verbundenen Verantwortlichkeiten erwächst, ist noch nicht hinreichend verankert. Wenn man das, was heute als Migrationsproblem beschrieben wird, in aller Ruhe betrachtet, erkennt man, was tatsächlich dahintersteckt, nämlich, dass niemand sich mit der Frage beschäftigt hat, was nach den Nationalstaaten kommen könnte. Wir haben nicht innegehalten und darüber nachgedacht, wie das für Bürger*innen, für wirkliche Menschen aussehen würde, sondern nur Verwaltungen und Regularien im Auge gehabt.

Zum Beispiel haben westliche und besonders europäische demokratische Gesellschaften ihre eigene Einwanderungsgeschichte weitgehend ignoriert. Dabei hat seit Ende des letzten Weltkrieges ja in die meisten europäischen Gesellschaften massive Einwanderung stattgefunden, Jahr für Jahr, fast siebenzig Jahre lang. Von den 30er Jahren an waren Frankreich und Deutschland große Einwanderungsgesellschaften, es kamen sehr viele Menschen aus Polen, Italien, Katalonien. Und nach dem Horror der Nazi-Zeit gab es in Deutschland wieder starke Einwanderung, angefangen mit der Ankunft deutschsprechender Menschen von überall in Europa, die seit Jahrhunderten woanders gelebt hatten. Später kamen die sogenannten Gastarbeiter, dann die vielen Geflüchteten, was schließlich zu der bemerkenswerten Aufnahme von Menschen aus Syrien führte.

Die heute herrschende Atmosphäre von Angst führt dazu, dass die Menschen endlos darüber reden oder den einseitigen Diskurs darüber verfolgen, was nicht funktioniert. Tatsache ist, dass in Deutschland, in Frankreich, in Italien bei der Aufnahme von Einwander*innen und Geflüchteten Erstaunliches geleistet wurde, vor allem auf kommunaler Ebene. Einzelne Menschen, Religionsgemeinschaften, kommunale Verwaltungen haben sich mit ganzem Herzen engagiert. Das Problem ist, dass die Nationen als Ganzes, Europa als Ganzes, sich bislang nicht der Tatsache stellen, dass sie in ihrer Geschichte bereits erfolgreiche Einwanderungsgesellschaften waren. Sie haben auch nicht verstanden, dass sich beim gesellschaftlichen Zusammenhalt alles um Vielfalt

Beim gesellschaftlichen Zusammenhalt dreht sich alles um Vielfalt.

dreht. Das heißt, wir sollten uns zum Beispiel klar machen, dass erfolgreiche Gesellschaften nicht auf Passivität oder Bequemlichkeit beruhen, sondern vielmehr auf positiven Spannungen, wie ich es nennen möchte. Um Glück zu finden, braucht man Spannungen. Spannungen können kreative und positive Kräfte freisetzen. Spannungen produzieren enorme Energien. Und obendrein bringen die Neuankömmlinge ja auch ihre Ziele, ihre Träume, ihre Wünsche mit. Sie wollen arbeiten. Sie wollen etwas erreichen. Sie wollen sich engagieren. Das Zusammentreffen von Neuankömmlingen und denen, die hier geboren sind, kann erstaunliche Energien hervorbringen, erstaunliche positive Spannungen – wenn wir es denn zulassen.

Und ja, es gibt Probleme. Wie könnte es anders sein? In allen Gesellschaften gibt es Auseinandersetzungen über wesentliche Fragen. Aber wir haben starke demokratische und humanistische Gesellschaften. Ja, in den letzten sieben Jahren gab es Versuche, sie zu schwächen, aber im Prinzip funktionieren sie nach wie vor. Und wir müssen den Neuankömmlingen mit humanistischen Rahmenbedingungen begegnen, damit wir die positiven Spannungen, die durch die Einwanderung erwachsen, als kreative Kraft nutzen können.

*Spannungen können
kreative und positive
Kräfte freisetzen.*

Wir müssen uns wirklich daran gewöhnen, dass es multiple Identitäten gibt – ich nenne das zum Spaß „a multiple personality order“, was als Wortspiel vermutlich nur auf Englisch funktioniert. Den Machthabenden hat der Gedanke,

dass Menschen vielfältige Persönlichkeiten, vielfältige Loyalitäten, vielfältige Identitäten haben könnten, noch nie so recht behagt. Im alten Nationalstaat haben die Herrschenden die Bürgerschaft auf den einfachsten Nenner gebracht und die Ansicht vertreten, dass gesellschaftlicher Zusammenhalt durch die Beseitigung von

Vielfalt entsteht. Durch die Beseitigung positiver Spannungen. Aber dies führt, wie ich bereits gesagt habe, letztlich zu Schwäche und Passivität – zum Verschwinden des Gefühls der Zugehörigkeit. Und genau das öffnet Ideologien und Ideologen Tür und Tor, die durch das Schüren von Angst zur Macht streben. Etwas völlig anderes ist es, wenn man sich auf Vielfalt und positive Spannungen einlässt und erkennt, wie man dabei Zufriedenheit findet und sich lebendig fühlt.

Ich will Ihnen ein einfaches Beispiel nennen. Wenn Menschen als Einwander*innen oder Geflüchtete eintreffen, ist es nahezu unvermeidbar, dass das bei denen, die sie aufnehmen, zum Gesprächsthema wird. Natürlich sagen wir laut und deutlich, wie glücklich die Neuankömmlinge sich schätzen dürfen und wie großzügig wir sind. Jetzt halten Sie aber einmal einen Moment inne und betrachten Sie die Sache noch einmal. Es ist doch so: Kein Mensch möchte sein eigenes Land verlassen. Menschen gehen weg, weil sie das Gefühl haben, nicht bleiben zu können. Gründe dafür sind Krieg, Gewalt, Zerfall der öffentlichen Ordnung. Oder unentrinnbare Armut. Oder die Überzeugung, dass es keinen Ausweg gibt. Und wenn Menschen zu Zuwander*innen oder Geflüchteten werden und tatsächlich in Deutschland oder in Kanada oder sonst wo ankommen, dann zeigt das, was für ein hoch entwickeltes Bewusstsein sie haben – ein Bewusstsein, das gebraucht wird, um Länder zu verändern, oder aber eben auch, um die ganze Familie in eine andere Kultur zu bringen. Sie sind zudem in der Lage, Entscheidungen zu treffen, schwierige, sehr schwierige Entscheidungen. Wie auch immer die Umstände sein mögen, es braucht enormen Mut, um die Gesellschaft, in der man großgeworden ist, gegen

eine andere einzutauschen. Diese drei Eigenschaften – Bewusstheit der eigenen Lage, Entschlossenheit, Mut – sind auch die drei wichtigsten Eigenschaften engagierter Bürger*innen. Die meisten Menschen, die in einer stabilen Gesellschaft großgeworden sind, mussten nie beweisen, dass sie sich ihrer Lage bewusst, dass sie entscheidungsfreudig oder mutig sind. Wenn Sie das so sehen, werden Sie merken, was für ein Glück wir haben, wenn wir Menschen aufnehmen, die diese starken Eigenschaften haben, Menschen, die bereits bewiesen haben, dass sie das Zeug haben, engagierte Bürger*innen zu werden.

Ich möchte noch ein weiteres einfaches Element hinzufügen: Das Wort Einwanderung sollte positiv besetzt werden. Es sollte Wertschätzung ausdrücken. Ein wertschätzendes Wort sein. Wertschätzend aus all den Gründen, die ich vorgebracht habe.

Erlauben Sie mir, das Thema aus einer weiteren Perspektive zu betrachten. Der Diskurs in Europa, dass die Nähe Afrikas und des Nahen Ostens zu einer Krise führte, kann auf vielfältige Weise hinterfragt werden. Was macht diese Krise aus? Gibt es praktikable Dinge, die schon vor langer Zeit hätten getan werden können oder sollen, um Europa aus diesem als Krise empfundenen Zustand herauszuholen?

Ein einfaches Beispiel. Kein Land in Europa hat ein eigenständiges Ministerium für Einwanderung, Geflüchtete und Einbürgerung, obwohl es Einwanderung schon so lange gibt. Überall sind alle drei Bereiche dem Innenministerium zugeordnet – also demselben Ministerium, das für öffentliche Ordnung, Polizei und Sicherheit zuständig ist. Das musste doch dazu führen, dass Einwanderung zu einem Problem gemacht wurde. Ich will nicht sagen, dass alle in den Innenministerien falsch handeln. Darum geht es nicht. Sondern darum, dass sie Ordnung im Visier haben und nicht Teilhabe und Bürgerrechte, positive Spannungen oder Vielfalt.

Wie kann diese Situation verändert werden? Wie können wir einen interessanteren und wegweisenden politischen Diskurs über Einwanderung, Geflüchtete und Einbürgerung entwickeln?

Der erste Schritt besteht ganz offensichtlich darin, ein eigens für diese Themen zuständiges, mit weitreichenden Befugnissen ausgestattetes Ministerium an den Kabinetttisch zu bringen – ein Ministerium für Einbürgerung und Einwanderung. Sicherlich wird auch das Innenministerium einen wichtigen Part übernehmen. Sicherheit kann sehr wichtig sein. Aber die Diskussion am Kabinetttisch wird eine vollkommen andere sein, wenn es neben dem Innenministerium ein ebenso starkes Ministerium gibt, das sich den Bürgerrechten verpflichtet fühlt – ein Ministerium, das im Kabinett zum engeren Kreis gehört, neben dem Finanzministerium, dem Außenministerium und so weiter. Ein Ministerium, dessen Aufgabe darin besteht, Einwanderung, Geflüchtete und Einbürgerung als sein ureigenstes Anliegen zu betrachten, nicht als Nebenfrage der Sicherheit. Wenn es ein solches Ministerium gibt, wird es bald einen großen ministerialen Bereich geben, in dem Menschen arbeiten, die wirklich etwas von diesen Themen verstehen. Menschen, die nicht alles unter dem Aspekt der Sicherheit betrachten. Wenn Sie ein solches Ministerium mit einem entsprechenden Verwaltungsapparat haben, werden Sie sehen, wie viel einfacher es sein wird, in Bezug auf Einwanderung, Geflüchtete und Einbürgerung kreative Politik zu machen.

Sie werden auch merken, dass Regierungen, wenn es um dieses Thema geht, durch ihren politischen und administrativen Apparat in einen transparenten und zielorientierten Austausch mit der Bürgerschaft treten können. Sie werden merken, dass die Angst nachlässt. Zudem wird es alle möglichen faszinierenden Begleiterscheinungen geben. Zum Beispiel: Auf einmal veranstalten einige Ihrer Bürgermeister*innen informelle Feierlichkeiten zur Verleihung der Staatsbürgerschaft. Das heißt, die Menschen bekommen ihre Urkunde zwar nach wie vor per Post, auf die alte bürokratische, würdelose Weise, doch die Bürgermeister*innen versuchen das jetzt positiver zu gestalten, indem sie die Menschen zu einer Feier ins Rathaus einladen.

Das ist schön. Aber das ist nicht das, was die Neubürger*innen wollen und brauchen. Und auch nicht das, was das Land braucht. Eine einfache Sache wie eine öffentliche, offene, offizielle, rechtsgültige und obligatorische Veranstaltung zur Verleihung

der Staatsbürgerschaft – eine Einbürgerungsfeier – verändert dagegen alles. Neue Staatsbürger*innen möchten öffentliche Anerkennung dafür bekommen, dass sie eine so wichtige Entscheidung getroffen haben – eine Entscheidung, die ihr Leben verändert. Sie möchten öffentlich teilhaben, und sie möchten, dass ihre Teilhabe gesehen wird. Wenn es diese offiziellen Veranstaltungen gibt, werden Sie schnell sehen, dass die Anwärter*innen, die ihre Loyalitätserklärung abgeben und ihre Urkunde erhalten sollen, ihre Verwandten und Freund*innen, ihre Arbeitskolleg*innen aus der Fabrik oder dem Büro mitbringen. Alle möglichen Bürger*innen aus der Gemeinde werden kommen, um ihnen zu gratulieren und sie kennenzulernen. Eigenartig, wie ein so einfacher Akt die Stimmung in Bezug auf Einwanderung verändern kann.



Es ist wirklich beachtlich, was Deutschland mit den Geflüchteten aus Syrien geleistet hat. Offen gesagt, ich denke, das Land hat sich selbst nicht annähernd genug Anerkennung für den Mut gezollt, mit dem es diesen gewaltigen Schritt nach vorn getan hat. Ich höre von vielen Menschen, dass die Zivilgesellschaft sich enorm engagiert hat. Warum gibt es dann trotzdem so einen bitteren Beigeschmack, eine einseitige Fokussierung darauf, was alles schiefgelaufen ist? Das liegt zu einem großen Teil daran, dass die von mir als essenziell beschriebenen Strukturen nicht existieren. Auf Dauer wird es nicht genügen, dass Einwander*innen nur von Individuen oder von kleinen Gruppen der Zivilgesellschaft unterstützt werden. Deren Engagement ist wichtig, aber sie müssen Teil eines viel größeren Netzwerkes sein.

Es ist wirklich beachtlich, was Deutschland mit den Geflüchteten aus Syrien geleistet hat.

Anders gesagt, man muss richtig Arbeit investieren, um herauszufinden, wie bürgerschaftliches Engagement aussehen kann. Freiwilligenarbeit zum Beispiel ist keine Wohltätigkeit. Das muss klar sein. Freiwilligenarbeit ist bürgerschaftliches

Engagement. In Kanada – wo wir in einem Zeitraum von drei Jahren rund eine Million Menschen aufnehmen, also pro Jahr etwa 1 % der Bevölkerung – habe ich gesehen, dass Einwanderung positiv sein kann, wenn sie von zwei verschiedenen Seiten wirkungsvoll unterstützt wird. Auf der einen Seite die Regierung, die Politik, die Fachleute. Das Ministerium für Einwanderung, Geflüchtete und Einbürgerung, das ich beschrieben habe, und dessen Politik. Auf der anderen Seite eine enorme Zahl gut organisierter Bürger*innen, die sich auf diesem Gebiet engagieren. Sie gehören etwa kleinen oder großen NGOs an. Oder sie kommen aus Kirchen, Synagogen und Moscheen. Aber sie alle verbindet, dass sie Teil einer Bewegung sind, die vom kleinsten Dorf bis hinein in die Regierung reicht. Und plötzlich, wenn das alles läuft, wird einem klar, warum Regierungspolitik allein das nicht schaffen kann. Aber andererseits reichen auch die zivilgesellschaftlichen Kräfte allein nicht, vor allem dann nicht, wenn sie über keine geeigneten Strukturen verfügen. Man braucht beide Seiten. Die eine Hälfte leistet die Regierung, die andere die Zivilgesellschaft. Dann kann man hoffen, dass dies zur stärksten Form gesellschaftlichen Zusammenhalts führt.

Oft wird gesagt, man könne den gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken, indem man bereits existierende zivilgesellschaftliche Programme weiter ausbaut. Oder indem man bereits bestehende technische Möglichkeiten stärker nutzt. Das Problem ist aber: Im Wettstreit um Skalierung werden Humanist*innen niemals gegen Panikmacher*innen und Populist*innen ankommen. Denn es ist überall, in jeder Gesellschaft, unter allen Umständen, einfacher, Angst und Ausgrenzung zu verbreiten. Populist*innen beherrschen die Werkzeuge des Aufputschens meisterhaft.

Es wird auch oft von der Rolle des Internets bei all dem gesprochen. Tunesien, der Arabische Frühling, „MeToo“ werden häufig erwähnt. Bei näherer Betrachtung werden Sie jedoch feststellen, dass die positive Rolle, die das Internet bei all diesen Ereignissen gespielt hat, recht simpel und kurzlebig war. Es hat Dinge eher möglich gemacht.

Demgegenüber sehen wir bereits, dass diejenigen, die Ängste schüren, das Internet viel müheloser nutzen, um langfristig Inhalte und Organisationsformen zu entwickeln. Für die ist das leicht. Sie brauchen weder Rücksicht auf Vielfalt noch auf positive Spannungen zu nehmen, nicht auf Zugehörigkeit, Teilhabe, plurale Identitäten, Ehrlichkeit oder Moralvorstellungen. Sie verkaufen simple, einlullende Lügen. Dabei lassen sie das Wesen der Demokratie außer Acht – dass demokratische Gesellschaften komplex und basisorientiert sind und dass wirklicher gesellschaftlicher Zusammenhalt Ausdruck dieser Komplexität ist.

Also, ja, man kann Programme ausbauen. Aber das ist zweitrangig gegenüber dem gewaltigen Elan, den wirkliche Menschen in wirklichen Gesellschaften entwickeln, die jeden Tag lernen, wie man zusammenlebt, die einander kennenlernen und erfahren, dass Vielfalt eine Stärke sein kann und keine Schwäche ist. Wenn einzelne Bürger*innen das erfahren, lernen sie auch, dass sie Teil eines Prozesses sind, in dem sich all ihre humanistischen Vorstellungen zu einer größeren Vision für die Gesellschaft als Ganzes zusammenfügen.

*Demokratische Gesellschaften
sind komplex und
basisorientiert.*

Mit anderen Worten: Wir müssen etwas tun für den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Aus Büchereien müssen wir aktiv genutzte, öffentliche Räume machen. Wir brauchen Arbeitsvermittlungen, die auf Geflüchtete spezialisiert sind, so dass diese ihren ersten Schritt in ein würdevolles Arbeitsverhältnis auf dem regulären Arbeitsmarkt schaffen. Wir brauchen hunderttausende von Teilhabe-Projekten. Projekte, die entwickelt werden müssen, über die gesprochen werden muss, die geteilt und verbreitet und übernommen werden müssen, und zwar innerhalb eines so großen Landes wie Deutschland, aber auch länderübergreifend. Wir müssen herausfinden, wie wir Kultur zum Zentrum unseres Konzepts der Vielfalt machen. Das heißt nicht, dass man Leute in Museen oder Kunstgalerien schleifen sollte, um ihnen zu erklären, dass das hier die Kultur sei und sie nun Teil davon seien.

Nein, wir müssen sie ermutigen, an diese Orte zu kommen, und ihnen dann sagen: „Hier, guckt, das haben wir bis jetzt gemacht. Einiges davon ist wirklich wunderbar. Nun, da ihr hier seid, was werdet ihr dem hinzufügen? Was würdet ihr zu ändern versuchen? Was habt ihr für Vorstellungen?“

Ohne Frage, jeder Mensch, der einwandert, jede Gruppe Eingewanderter wird der Kultur des Landes, in das sie gekommen ist, mit frischem Blick, Erfindungsreichtum und viel Schneid begegnen. Wie ich einigen von Ihnen bereits berichtet habe, hat das *Institute for Canadian Citizenship*, dessen Vorstand ich angehöre, ein Kulturprogramm namens *CANOO* aufgelegt, das allen Neubürger*innen vom Tag der Einbürgerung an eine kostenlose Mitgliedschaft für ein Jahr anbietet. Das heißt, sie werden Mitglied von praktisch jedem Museum, jeder Kunstgalerie des Landes. Und inzwischen bekommen sie auch immer öfter kostenlose Eintrittskarten für alle möglichen kulturellen Veranstaltungen: Oper, Symphoniekonzerte, Theaterstücke, Comedy-Shows. Auch hier mit der Absicht: Wenn anfangs vielleicht zehntausende, später hunderttausende Eingewanderte solche etablierten kulturellen Einrichtungen betreten, wird man sie begrüßen, willkommen heißen und ihnen erläutern müssen, welches Erbe sie als neu Hinzukommende antreten. Aber das ist nur ein erster Schritt. Sie müssen auch erfahren, wie wichtig ihre Ideen, ihre Mitwirkung sein werden. Stellen Sie sich vor, eine Mutter oder ein Vater geht durch eine Kunstaussstellung und überlegt: „Wenn meine Tochter Künstlerin wäre, könnte sie etwas ganz Neues, Aufregendes schaffen, das einen Platz in diesen Kulturpalästen finden könnte, etwas, das ganz neue Visionen ermöglicht, das die Art und Weise verändert, wie Menschen Dinge ersinnen, wie sie etwas wahrnehmen, wie sie handeln.“ Die Kultur selbst und die kulturellen Institutionen gehören ins Zentrum des Konzepts von gesellschaftlichem Zusammenhalt als einer Form von Vielfalt und als ein Lernen, mit dieser Vielfalt zu leben.



Zum Schluss will ich Ihnen noch eine Geschichte erzählen, die sechs Länder miteinander verbindet. In den späten 70ern gab es, wie wir alle wissen, große Fluchtbewegungen, zu denen die vielen aus Vietnam Geflüchteten gehörten, die Boatpeople. Sie gelangten in viele Teile der Welt. Die kanadische Regierung erklärte sich bereit, 25.000 Menschen aufzunehmen. Gruppen der Zivilgesellschaft sagten, das sei bei Weitem nicht genug. Die Regierung sagte: „Gut, aber dann müsst ihr die Kosten übernehmen.“ Es folgten intensive Verhandlungen zwischen der Regierung und Vertreter*innen der Zivilgesellschaft. Als Ergebnis gestaltete die Regierung den rechtlichen Rahmen und setzte bestimmte Standards. Familien, christliche, jüdische und muslimische Gemeinden, Gewerkschaften, Bürogemeinschaften konnten Geflüchtete finanzieren. Es wurde eine Summe festgesetzt, die für das erste Jahr einer Familie aufgebracht werden musste, von der Miete, Möbel und Lebensmittel bezahlt werden konnten. Aber das Geld war zweitrangig. Das Wichtigste war die Übernahme einer Patenschaft. Aufgabe der Pateneltern war es, die Neuankömmlinge in die Gesellschaft einzuführen, in ihre Gemeinde, ihnen zu zeigen, wie alles läuft. Einige Paten fuhren die Familien im Auto herum. Andere halfen passende Schulen für die Kinder zu finden; sie vermittelten den Kindern Sportmöglichkeiten; sie halfen, das Gesundheitssystem zu verstehen, richteten Sprachkurse ein, begleiteten bei Behördengängen, unterstützten bei der Arbeitssuche. Aus all dem resultierten – nahezu zwangsläufig – lebenslange Freundschaften zwischen den neuen Bürger*innen und ihren Patenfamilien.

Diese Initiative führte dazu, dass die dreifache Zahl von aus Vietnam Geflüchteten aufgenommen werden konnte. Das Programm läuft immer noch und ist ständig verbessert worden. Bislang sind auf diese Weise rund 300.000 Menschen finanziert und begleitet worden.

Dann kam der Krieg in Syrien, vor dem viele Menschen flohen. Bislang haben wir rund 75.000 von ihnen aufgenommen. Für die Hälfte übernahmen zivilgesellschaftliche Gruppen die Patenschaft. Inzwischen wissen wir, dass es nicht reicht, wenn nur eine Patenfamilie eine Flüchtlingsfamilie unterstützt. Wenn es gut laufen soll, werden etwa fünf Familien gebraucht. Auch Kirchen, Synagogen und

Moscheen arbeiten gut zusammen. Tatsache ist, dass die Geflüchteten, die von der Zivilgesellschaft finanziert und begleitet werden, viel schneller und viel besser klarkommen als jene, die nur von staatlichen Institutionen unterstützt werden. Inzwischen wird allgemein akzeptiert – sowohl im sehr großen Ministerium für Einwanderung, Geflüchtete und Einbürgerung als auch in der Zivilgesellschaft insgesamt –, dass wir dieses System ausbauen müssen.

Das Ganze führte dazu, dass im Jahr 2016 Delegationen aus dem Vereinigten Königreich, aus Deutschland, Neuseeland, den USA und Australien nach Kanada kamen, um sich dieses System anzuschauen und zu prüfen, inwieweit sie es in ihren eigenen Ländern umsetzen könnten.

Einwanderung ist womöglich die neue, wesentliche Triebkraft für gesellschaftlichen Zusammenhalt.

Das Vereinigte Königreich hat inzwischen ein gut funktionierendes Pilotprojekt. Deutschland startet in diesem Jahr ebenfalls ein Pilotprojekt mit 125 Familien. Hier

war die Bertelsmann Stiftung die treibende Kraft. Das Projekt heißt Neustart im Team (NesT). Ich bin überzeugt, dass es in Deutschland sehr schnell wachsen und sehr erfolgreich sein wird. Ich glaube, die deutsche Gesellschaft wird schnell erkennen, was für eine großartige Maßnahme das ist, um Altbürger*innen und Neubürger*innen zusammenzubringen.

Dies ist ein perfektes Beispiel dafür, dass Einwanderung womöglich die neue, wesentliche Triebkraft für gesellschaftlichen Zusammenhalt ist. Die durch Angst genährte Vorstellung, Assimilation und Integration wären alternativlos, kann langsam verschwinden und durch die Erkenntnis ersetzt werden: Teilhabe ist die ursprüngliche Basis für Gemeinschaft. Eine wunderschöne Geschichte.

Übersetzung: Heike Brandt

Lektorat und Korrektorat: Helga Berger

John Ralston Saul



John Ralston Saul ist ein preisgekrönter Essayist und Romanschriftsteller, der als Kanadas führender Intellektueller gilt. In „The Collapse of Globalism“ sagte Saul die ökonomische Krise von 2007/08 voraus, genauso wie den gegenwärtigen Anstieg von Populismus und Xenophobie. Die Zeitschrift TIME erklärte ihn zum „Propheten“. Seine 14 Bücher wurden in 28 Sprachen in 37 Ländern veröffentlicht.

*Viele seiner Romane und Essays wurden ins Deutsche übersetzt, unter anderen die beiden Essays **Der Markt frisst seine Kinder: Wider die***

*Ökonomisierung der Gesellschaft **und Von Erdbeeren, Wirtschaftsgipfeln und anderen Zumutungen des 21. Jahrhunderts.***

*Saul ist Mitbegründer und Vorstandsmitglied von 6 Degrees, dem Globalen Forum für Inklusion, und dem Institute for Canadian Citizenship (ICC), einer kanadischen Organisation, die sich für die Teilhabe von Neubürger*innen einsetzt. Er ist eine Leitfigur in der internationalen Bewegung zur Unterstützung von Eingewanderten und Geflüchteten. Saul hat sich immer für die Meinungsfreiheit eingesetzt und war von 2009 bis 2015 Präsident des internationalen PEN, als erster kanadischer Schriftsteller in der 97-jährigen Geschichte des Verbands.*

Trying Times

Trying Times ist eine Konferenz der Bertelsmann Stiftung, die Führungskräfte aus aller Welt in Berlin zusammenbringt, um sich mit dem gesellschaftlichen Zusammenleben angesichts steigender Komplexität auseinanderzusetzen. Persönlichkeiten aus Politik, Zivilgesellschaft, Verwaltung, Wirtschaft, Wissenschaft, Medien und Kultur diskutieren in Berlin über die großen Herausforderungen unserer Zeit, betrachten sie aus verschiedenen Blickwinkeln und erarbeiten in konstruktivem Austausch Zukunftsperspektiven.

Bei der „Trying Times“-Konferenz geht es darum, über den Tellerrand zu schauen und miteinander an einer gemeinsamen Zukunft zu arbeiten.

Adresse | Kontakt

Bertelsmann Stiftung
Carl-Bertelsmann-Straße 256
33311 Gütersloh
Telefon +49 5241 81-0

Dr. Ulrike Spohn
Project Manager
Programm Lebendige Werte
Telefon +49 5241 81-81398
ulrike.spohn@bertelsmann-stiftung.de

www.bertelsmann-stiftung.de/tryingtimes